

**MDR Aktuell – Kempferts Klima-Podcast**

Mittwoch, 15. November 2023

Thema: Greta Thunberg „missbraucht“ Klimaschutz

**Marcus-Christian Schödel, Moderator**

MDR Aktuell – Das Nachrichtenradio

**Prof. Claudia Kempfert, Expertin**

Professorin für Energiewirtschaft und Energiepolitik an der Leuphana Universität in Lüneburg sowie Leiterin der Abteilung "Energie, Verkehr, Umwelt" am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin)

**Marcus Schödel**

Hallo und willkommen, ich bin Marcus Schödel. In diesem Podcast sprechen wir über die Klimakrise und zwar mit der renommierten Klimaökonomin Professorin Claudia Kempfert. Sie arbeitet am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung und leitet dort die Abteilung Energie, Verkehr, Umwelt. Hallo, Frau Kempfert.

**Claudia Kempfert**

Hallo, Herr Schödel.

**Marcus Schödel**

Ja, Klima-Transformationsfonds, Wirtschaftsstabilisierungsfonds, Schuldenbremse, Kernhaushalt, Nachtragshaushalt, Sondertöpfe. Wer in den letzten Wochen Nachrichten geschaut hat oder eine Talkshow, der es ja mit unendlich vielen Fachbegriffen aus der Finanzwelt konfrontiert worden. Ganz herrlich, Frau Kempfert. Gerade bei den Talkshows bin ich mir manchmal vorgekommen, als würde ich in einer BWL-Vorlesung sitzen. Sie sind Ökonomin und fühlen sich bei diesen Themen sicherlich zuhause, aber sie können doch sicher verstehen, dass der eine oder andere sagt: „Um Gottes Willen, das ist alles ganz schön trocken und theoretisch. Mir raucht der Kopf.“

**Claudia Kempfert**

Ja, klar! Also, ich meine, man kommt ja nicht mehr drum rum. Überall wird darüber gesprochen, in den Talkshows. Es wird erklärt und erläutert und alles Mögliche da behauptet. Also, das kann ich total verstehen. Und der Kopf

raucht. Und man muss es ein bisschen einordnen, was da tatsächlich jetzt passiert.

**Marcus Schödel**

Genau! Das tun wir heute. Dass die Nachrichten gerade voll sind von Fachbegriffen, von Finanzfachbegriffen, hat einen Grund. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, die Bundesregierung hat richtig Mist gebaut. Die Art, wie sie Klimaschutzprojekte finanzieren wollte, war verfassungswidrig. Und jetzt fehlen auf einen Schlag mindestens 60 Milliarden Euro Geld, das eigentlich dafür gedacht war, die Wirtschaft in Deutschland klimafreundlich zu machen. Wie kommt die Bundesregierung aus diesem Schlamassel raus? Welche Klimaschutzprojekte stehen jetzt auf der Kippe? Und wie sollte der Klimaschutz in den kommenden Jahren finanziert werden? Diese Fragen wollen wir in dieser Folge beantworten. Und ja, wir werden uns ganz viel Mühe geben, das auch nicht BWL'er folgen können. Dann schauen wir auf die Weltklimakonferenz in Dubai. Es gibt unglaubliche Berichte, dass der Gastgeber, die Vereinigten Arabischen Emirate, die Klimagespräche für Öl und Gasgeschäfte nutzen will. Ist das nicht ein Grund, die Klimakonferenz sofort abzubrechen und zu boykottieren? Und wir sprechen über eine Studie, die Hoffnung macht. Die Treibhausgasemissionen könnten nämlich in sehr naher Zukunft sehr schnell sinken. Wir erklären, warum die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler doch recht optimistisch in die Zukunft blicken. Eine vollgepackte Sendung also. Bevor wir loslegen noch der Hinweis, diesen Podcast bekommen Sie werbefrei in der App der ARD Audiothek und überall dort, wo es Podcasts gibt.

Ja, die Bundesregierung steckt in einem richtigen Schlamassel. Sie hat 60 Milliarden Euro an Krediten, die eigentlich für Corona-Hilfen gedacht waren, in den sogenannten Klima-Transformation-Fonds gesteckt. Ein Fonds, der helfen soll, die deutsche Wirtschaft klimafreundlich zu machen. Das Bundesverfassungsgericht hat aber klar entschieden, diese Art der Finanzierung ist verfassungswidrig. Und damit fehlen jetzt eben mindestens 60 Milliarden Euro.

Ein echter Paukenschlag mit Folgen und so hat Bundeskanzler Olaf Scholz die Situation bewertet in seiner Regierungserklärung im Bundestag:

### **Olaf Scholz**

*Dieses Urteil schafft eine neue Realität für die Bundesregierung und für alle gegenwärtigen und die zukünftigen Regierungen im Bund und in den Ländern. Eine Realität, die es allerdings schwieriger macht, wichtige und weithin geteilte Ziele für unser Land zu erreichen.*

### **Marcus Schödel**

Frau Kemfert, bevor wir da inhaltlich mehr reingehen. Fest steht, die Bundesregierung hat richtig Mist gebaut. Es gibt etliche Fachleute, die genau vor diesem Szenario gewarnt haben. Auch der Bundesrechnungshof hat Warnungen ausgesprochen. Trotzdem hat die Bundesregierung rumgetrickst bei der Finanzierung. Hätte der Kanzler das nicht mal auch so ehrlich sagen können und sich entschuldigen können? Das wäre doch eigentlich anständig gewesen. Stattdessen hat er in der Regierungserklärung einfach vorgelesen, ja, was wir sowieso schon wissen. Einige bei uns in der Redaktion haben gesagt, der Kanzler hat mal wieder rumgescholzt. Ja, Frau Kemfert, wie haben Sie die Rede empfunden?

### **Claudia Kemfert**

Na ja, er ist Jurist, das merkt man an der Stelle dann ja sehr, sehr genau. Er war wenig aussagekräftig und weiß auch, dass er offensichtlich nicht allzu viel sagen darf. Ich fand ihn aber auch wenig staatsmännisch so. Also, diese Zeitenwende-Rede, so etwas, was er mal gemacht hatte, das kam jetzt hier überhaupt nicht so vor. Und das ist natürlich ein gefundenes Fressen für die Opposition, obwohl ich auch fand, da wurde viel zu hart dann reingegangen. Aber auf mich hat er so ein bisschen auch den Eindruck gemacht, da irgendwie erwischt zu sein, um nicht sogar zu sagen, kalt erwischt worden zu sein. Und das ist natürlich denkbar schlecht, gerade weil wir auch in Europa eine wichtige Vorbildfunktion haben. Und diese Schuldenbremse im Grundgesetz aus dem Grund verankert wurde, weil wir damals in Europa die Fi-

nanzkrise hatten. Dass man eben diese staatliche Neuverschuldung von 0,35 Prozent des nominellen Bruttoinlandsprodukts beschränken soll. Aber das wurde damals festgelegt und das wussten auch viele Juristen, auch in der SPD, die da immer wieder auch gewarnt haben. Und er wollte davon offensichtlich nicht so viel wissen. Und das ist, finde ich auch typisch, unser Eindruck, den wir da alle haben, dass er als Kanzler da eben sehr zurückhaltend ist und das auch entsprechend so bewertet hat. Und interessant ist ja, was er alles nicht gesagt hat. Und darüber können wir gleich noch ein bisschen reden.

### **Marcus Schödel**

Genau. Wir steigen jetzt mal ein bisschen tiefer in die Materie ein. Um das noch mal klarzustellen: Das Bundesverfassungsgericht hat nicht den Klimaschutz an sich kritisiert, sondern wie die Bundesregierung den Klimaschutz finanzieren wollte. Das Gericht hat kritisiert, dass die Kredite quasi zweckentfremdet wurden, also statt für Corona für Klimaschutz ausgegeben werden. Und auch der Zeitpunkt, glaube ich, haut nicht hin. Die Mittel waren für 2021 gedacht, sollten aber jetzt erst nach und nach ausgegeben werden. Frau Kemfert, vielleicht können sie den Hörerinnen und Hörern mal die Dimensionen von dieser Gerichtsentscheidung klarmachen. 60 Milliarden Euro fehlen jetzt im Klima-Transformations-Fonds. Wieviel Geld ist da jetzt noch drin? Und welche Projekte sind da jetzt ganz konkret gefährdet, wenn die Regierung nicht handelt?

### **Claudia Kemfert**

Ja. Also, es ist eben so ein Konstrukt. Und dieses Konstrukt ist jetzt so ein bisschen in sich aufgepufft. Dadurch, dass eben durch dieses Urteil, dass das nicht so rechtens ist. Also, in diesen Klima- und Transformations-Fonds, da kommen Gelder rein. Einmal aus dem europäischen Emissionsrechtshandel und auch aus dem nationalen Emissionsrechtshandel. Das sind so etwa 20 Milliarden aktuell. Der steigt irgendwie an in den nächsten Jahren auf 30 oder sogar 40. Und es sind jede Menge Ausgaben dort drin eingeplant, die man daraus bezahlen wollte. Also da gab es ja viele Projekte.

Einerseits diese EEG-Umlage, die wir alle bezahlen, damit der Strompreis nicht so stark gestiegen ist. Die Gebäudeförderung, wir haben oft darüber gesprochen, das ist das Geld, was da ja ausgegeben werden soll, damit wir jetzt auch diesen Heizungstausch machen. Aber da sind dann eben auch noch andere Programme drin, jetzt wie beispielsweise Energiespeicher, das Aktionsprogramm natürlicher Klimaschutz. Dann wollte man die stromintensiven Unternehmen stärker unterstützen, aber auch die Schiene, den Schienenverkehr, Wasserstoff-Ausgaben und eben auch Chipfabriken im Osten, also Mikroelektronik. Das sind diese Ausgaben.

### **Marcus Schödel**

Wo man sich natürlich fragt, was die im Klimafonds zu suchen haben, irgendwie? Also, was jetzt Chip-Fabriken mit Klimaschutz zu tun haben, das hat sich mir auch jetzt nicht so richtig erschlossen.

### **Claudia Kemfert**

Ja, es ist so ein bisschen die kritische Infrastruktur. Also, es ist ja einmal der Klima-Transformations-Fonds und wir haben eben auch den WSF, also Wirtschaftsstabilisierungsfonds, wo man dann eben auch noch Maßnahmen geplant hatte, zu finanzieren. Also die Energiepreisbremse insbesondere, die man jetzt schon gesagt hat, die nicht weiter fortgeführt wird. Noch mal eben, um die erste Frage zu Ende zu beantworten. Sie hatten ja gefragt, was ist da alles drin. Also, diese Einnahmenseite, da gibt es dann eben so ein Defizit insgesamt. Also, was man ausgeben wollte. Also, die Einnahmen hatte ich gerade genannt. Die Ausgaben liegen weit drüber, dann hat man so ein Defizit insgesamt von etwa 46 Milliarden, um diesen Betrag geht es jetzt letztendlich. Wo kommt der her? Wie kann man an anderer Stelle einsparen? Und wie kann man dann diese Mehrausgaben vielleicht auch anders finanzieren? Und da gibt es jetzt dann jede Menge Vorschläge auch von Opposition, die sofort natürlich auf die Sozial-Schwachen gehen. Kindergrundsicherung, Bürgergeld, Stopp. Neubau Kanzleramt soll gestoppt werden. Und was Sie

da jetzt alles vortragen, also so sehr seltsame Vorschläge. Hier geht es jetzt erstmal darum, dass man dann klären muss, also, wo kann man einsparen? Und wo kommt dann auch zusätzliches Geld her? Und da muss man eben dann jetzt auch Vorschläge durchgehen und da wird offensichtlich im Moment jetzt hart gerungen.

09:06

### **Marcus Schödel**

Jetzt ist ja nicht nur der Klima- und Transformations-Fonds in Gefahr. Sie haben das ja eben schon ein bisschen angedeutet. Das Problem ist ja noch viel größer. Die Regierung hat nach der Gerichtsentscheidung noch viele weitere Entscheidung treffen müssen, weil sie befürchtet, dass auch andere Haushalte und Sondertöpfe verfassungswidrig sind. Erst einmal dürfen keine neuen Projekte angeschoben werden, die über mehrere Jahre laufen. Dafür gibt es eine Haushaltssperre. Dann wird für dieses Jahr ein Nachtragshaushalt verabschiedet. Die Schuldenbremse wird für dieses Jahr noch einmal ausgesetzt. Es ist unklar, wann der Haushalt für 2024 verabschiedet wird. Und dann gibt es ja noch den Wirtschaftsstabilisierungsfonds von dem sie eben gesprochen haben, von dem ja, unter anderem, die Gas- und Strompreisbremsen bezahlt werden sollten, die dann Ende des Jahres auslaufen. Das klingt alles ziemlich bedrohlich, die Signale aus der Bundesregierung. Welche Konsequenzen das jetzt für die Menschen, für jeden Einzelnen von uns hat, die sind aber sehr unterschiedlich. Scholz hat in seiner Regierungserklärung versucht, die Menschen zu beruhigen. Wirtschaftsminister Robert Habeck hat in einem ARD-Interview dagegen ganz anders geklungen. Wir hören uns mal diesen Vergleich an.

### **Olaf Scholz**

*Der Staat wird seinen Aufgaben auch weiterhin gerecht. Ich sage das auch an die Bürgerinnen und Bürger gerichtet, die aufgrund mancher wilder Vorschläge und manch gezielter Falschmeldungen in den sozialen Medien verunsichert sind. In ihrem Alltag, hier und heute, ändert das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nichts, völlig unabhängig davon, ob sie Kindergeld*

oder Bafög bekommen, eine Rente oder Wohn-  
geld.

### **Robert Habeck**

*Aber der Punkt, den ich vielleicht noch einmal rausarbeiten möchte, ist, dass dieses Urteil nicht irgendwelche vielleicht so scheinbar absurden Klimaschutzprojekte betrifft, sondern alle werden jetzt schon davon berührt sein. Alle heißt, die deutsche Volkswirtschaft wird durch dieses Urteil schrumpfen, weniger stark wachsen als vorhergesehen.*

### **Marcus Schödel**

Tja, was denn nun Frau Kemfert? Wer sagt hier die Wahrheit? Also werden wir nun alle unter dem Urteil leiden, wie das Habeck sagt? Oder werden wir in unserem Alltag gar nichts mitbekommen, wie das der Bundeskanzler sagt?

### **Claudia Kemfert**

Ja, ich glaube, da muss man ja jetzt ein bisschen unterscheiden. Einmal ist es der Kanzler, der beruhigen muss, weil in der Tat jetzt die Gelder, die man bekommt und da im Alltag, gerade wenn es jetzt ja auch um sozial Schwache geht, die da ja sofort immer dann auch angegriffen werden, wo man dann Gelder kürzen will, dass er sagt: „Nein, also, damit hat das jetzt nichts zu tun. Das findet jetzt auch alles so statt.“ Und da hat er ja auch recht. Also, es ist erstmal alles so, wie es ist. Und wir müssen jetzt nicht irgendwie Gelder zurückzahlen. Oder irgendjemand im Alltag kriegt was nicht. Also, das ist so ein bisschen das eine. Worauf Herr Habeck so ein bisschen hinweist, ist natürlich das, was jetzt kommen kann, wenn wir nicht investieren. Und wenn eben dieses Defizit da ist und es nicht in den Griff bekommen wird. Da gibt es jetzt eben Abschätzungen, dass es dann zu negativen volkswirtschaftlichen Effekten führen kann, weil eben diese Investitionen nicht getätigt werden, weil wir uns, wie die Financial Times sehr schön titelte, uns in den Ruin sparen, das Klima zerstören, Russland gewinnen lassen und dann eben auch noch ganz Europa mit in ein finanzielles Desaster stürzen. Also, die haben es ein bisschen übertrieben, aber das ist so ein bisschen damit gemeint. Und das ist auch nicht ganz falsch.

Wir machen uns Probleme, die wir eigentlich gar nicht haben müssten. Also, jetzt auch mal in der Dimension gesprochen. Es geht hier nicht um gravierend große Mengen an Geldern. Wenn man sich anschaut, andere Länder in der Welt sind viel, viel höher verschuldet. Deutschland hat mit den geringsten Bruttoschuldenstand weltweit. Und da können wir deutlich mehr ausholen. Und diese 40, 46 Milliarden ist da nicht sehr viel. Also, hier wird wirklich auch sehr viel draus gemacht. Aber es geht natürlich jetzt um Interessen. Und immer dann, wenn es um Interessen geht, wird es laut und deutlich. Und jeder will da jetzt seine Projekte, die er angeschoben hat, ins Trockene bringen. Und Herr Habeck ist da am meisten betroffen, weil er eben sehr viel versprochen hat, zu zahlen aus eben diesen Klima-Transformations-Fonds. Und das steht jetzt eben zur Disposition. So, und da muss man jetzt Prioritäten setzen. Das ist ja auch das, was jetzt diskutiert wird, dass es einige Bereiche gibt, denke ich, die sicher gefördert werden müssen, ist aus meiner Sicht unumgänglich. Das ist einmal die EEG-Umlage, die Gebäuförderungen, aber auch die Schienenförderung und dann auch jetzt neuere Projekte. Da geht es ja nicht um riesige Summen mehr wie Wasserstoffförderung und Speicherförderung, diese Dinge. Aber, ich würde mir da vier Dinge wünschen, die da an der Stelle jetzt diskutiert werden sollten. Und das ist als allererstes Mal, dass wir noch immer umweltschädliche Subventionen zahlen. Und das ist in einer Zeit, wo wir ja Klimaziele haben, nicht zu rechtfertigen...

### **Marcus Schödel**

Sie meinen das Dienstwagenprivileg und Diesel?

### **Claudia Kemfert**

Vor allen Dingen, dass diese Privilegien... Vor allen Dingen diese Steuererleichterung, das fordern wir seit 20 Jahren, das ist überhaupt nicht mehr zeitgemäß. Das sollte man sofort ändern. Und kann dann über 8 Milliarden auf einem Schlag reinholen. Oder das Dienstwagenprivileg passt auch nicht in die Zeit. Aber wir haben auch eine Energiesteuerbefreiung

für Kerosin, knapp 9 Milliarden. Wir haben auch eine Entfernungspauschale. Gut, da wird es jetzt viele Pendler geben, die sagen: „Nee, das würde ich nicht mitmachen.“ Das könnte ich vielleicht noch verstehen. Das sind aber auch 6 Milliarden. Und wir haben eine Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge von 4 Milliarden. Und diese pauschale Besteuerung privat genutzter Dienstwagen sind 3 Milliarden. Das sind allein, also 30 Milliarden im Verkehrssektor, wo wir einen Großteil davon sofort vermindern könnten und hätten fast dieses Defizit ausgeglichen. Das mal an einer Stelle mal gesagt. Soweit wird es nicht kommen, aber man könnte ja insgesamt einfach mal da ran und darüber diskutieren...

### **Marcus Schödel**

Wobei gerade ja auch Pendlerpauschale bedroht ja das Gleiche wie bei dem Wärmepumpen-Gesetz oder beim Heizungsgesetz, dass man natürlich dann möglicherweise große Teile der Bevölkerung gegen sich auf bringt.

15:14

### **Claudia Kemfert**

Na ja. Also, da wäre ich auch noch dabei, weil die Pendlerpauschale ja auch nicht nur für emissionsintensive Fahrzeuge gezahlt wird. Aber ich sage nur, von der Dimension her, wo wir Spielraum haben, wo man relativ schnell ran könnte. Und wo wir uns schon lange verpflichten, im Übrigen auch international - wir reden ja gleich noch über Klimakonferenzen - umweltschädliche Subventionen abzubauen. Also, das wäre mal für mich der erste Punkt. Zweitens gehören eben auch Ausgaben aus diesem Klima-Transformations-Fonds auf dem Prüfstand. Sie hatten eben schon auch angesprochen. Das hatte ich auch schon öffentlich gesagt, dass eben Mikroelektronik vielleicht auch aus anderen Quellen bezuschusst werden könnte. Und auch diese Stromsteuersenkung, die hatte ich ja eh schon kritisiert, müssen wir nicht machen, weil wir aus der Empirie wissen, also aus unseren Studien, da profitieren wirklich sehr, sehr wenige Unternehmen nur von. Da ist ein Gießkannenprinzip teuer und gibt sehr viele Mitnahmeeffekte. Das dritte, finde

ich, das ist ja was, was jetzt intensiv auch öffentlich diskutiert wird, dieses Aussetzen der Schuldenbremse. Wir haben ausreichende Begründung dafür. Ich selbst bin immer noch der Meinung, dass man auch über Klimanotstand reden sollte. Verfassungsrechtler sagen: „Naja, schwierig, weil das muss irgendwie außergewöhnlich sein.“ Also, eine Naturgefahr, die da irgendwie entstanden sein müsse...

### **Marcus Schödel**

Nur, dass ich das richtig verstehe. Also, es soll ein... die Bundesregierung sollte einen Klimanotstand ausrufen. Und mit dieser Begründung könnte man dann die Schuldenbremse auch nicht nur im nächsten Jahr aussetzen, sondern die kommenden Jahre?

### **Claudia Kemfert**

Ja, und das tut sie im Moment ja auch. Sie hat ja die Notlage jetzt wieder ausgerufen, aber begründet mit der Energiekrise. Das hat sie letztes Jahr gemacht, dieses Jahr eben auch, und jetzt auch für nächstes Jahr. Für nächstes Jahr halte ich es für argumentativ noch schwächer, als wenn wir jetzt sagen würden: „Klimakrise.“ Im Übrigen hat ja auch das Bundesverfassungsgericht selber Klimaschutz angemahnt, aus dem Urteil 2021, dass die Bundesregierung da was tun muss. Also, das steht im Artikel 20a des Grundgesetzes, dass wir Klimaschutz machen müssen. Also, da erschließt es sich mir nicht, dass man da verfassungsrechtlich nicht noch deutlicher das auch sagen könnte. Im Übrigen, machen das auch die Bundesländer wie Bremen und Berlin in ihrer Argumentation für den Klima- und Transformations-Fonds. Die haben nämlich selber welche aufgesetzt und haben da auch Klagen anhängig, haben aber argumentativ mit dem Klimanotstand oder Klimakrise argumentiert. Und das ist auch absolut, finde ich, gewährleistet.

### **Marcus Schödel**

Die Klimakrise ist ja auch nichts, was es überraschend kommt. Also Notstand ist jetzt für mich irgendwie etwas, von dem man überrascht wurde. Und die Klimakrise, darauf konnten sich die Politiker wirklich Jahrzehnte vorbereiten. Besteht da nicht wieder die Gefahr, dass dann

wirklich jemand klagt und das wird dann genau dasselbe Problem haben, was wir auch jetzt schon haben. Nämlich, dass dann wieder der ganze Haushalt durcheinandergeschmissen wird. Ist das nicht sehr dünnes Eis, verfassungsrechtlich?

#### **Claudia Kemfert**

Also, Verfassungsrechtler. Es gibt einige, die das so sagen. Mich überzeugt das überhaupt nicht. Was ist das für eine Argumentation, dass man sagt, man kann auf eine Klimakrise nur reagieren, wenn man nichts davon wusste. Also wir haben enorme Schäden, die wir auch in diesem Jahr wieder begleichen müssen. Das Ahrntal war ja nur eine. Wir haben viele andere Schäden, die aus Klimawandel begründet werden. Das sind Naturkatastrophen. Und warum müssen wir nur von Krisen überrascht werden? Also, das ist ja... Da muss man auch mal juristisch, denke ich, dann da verfassungsrechtlich noch mal ran. Das ist ja auch eine Diskussion, die wir jetzt führen, dass man eben mehr Flexibilität für die Schuldenbremse hat. Und da eben auch versuchen sollte im Grundgesetz, das anders noch mal zu formulieren. Darüber gibt es im Moment wohl keine Mehrheit, obwohl die Union – also, anders als Herr Merz da ja im Bundestag sagte ...

#### **Marcus Schödel**

Also, Teile der Union. Ja.

#### **Claudia Kemfert**

... Teile der Union alles andere als einstimmig sagen, das geht nicht. Insbesondere in den Ländern, wo eben auch Klima- und Transformations-Fonds aufgesetzt wurden, wie in Berlin Kai Wegner, der regierende Bürgermeister, oder eben auch in anderen Bundesländern wie Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Und da sind ja eben auch Gelder, die ausgegeben werden sollen, die dann, entsprechend auch, sich da bemerkbar gemacht haben. Und dafür werben, dass man zumindest das Aussetzen der Schuldenbremse jetzt ausruft. Aber vielleicht auch über eine Flexibilität redet. Nach der gestrigen Rede von Herrn Merz im Bundestag halte ich es für unwahrscheinlich, dass man sich da in irgendeiner

Form einigen wird. Aber die Union muss da auch intern noch mal sprechen. Also, die Schuldenbremse aus meiner Sicht sollte grundlegend reformiert werden. Und das ist Aufgabe des Staates, dass das jetzt auch entsprechend so umzusetzen. Wir haben ein Klimaabkommen unterzeichnet. 20a des Grundgesetzes steht drin, dass wir Klimaschutz machen müssen, dass der Staat auch dazu verpflichtet ist. Und wir haben ein Klimagesetz zu erfüllen. Also, mehr juristische Klarheit - also, als juristische Laien - aber mehr juristische Klarheit sehe ich da gar nicht als notwendig an, um das auch argumentativ machen zu können. Und der vierte Punkt, das ist jetzt das, was ja auch viele vorschlagen, was vermutlich auch der sicherste Weg ist, ist eben, das Sondervermögen, genau wie man es bei Militär gemacht hat, im Grundgesetz zu verankern. Und das ist wohl auch juristisch der beste Weg. Aber auch dafür braucht man eine Zweidrittelmehrheit und die hat man wohl im Moment nicht. Aber das sind so für mich die vier Grundpfeiler, wo man jetzt entlang noch mal argumentativ rannehmen muss.

#### **Marcus Schödel**

Aber bei der Schuldenbremse? Sie würden die jetzt nicht unbedingt abschaffen, aber sie würden es bevorzugen, sie zu reformieren. Das heißt, man unterscheidet zwischen guten Investitionen, die also in der Zukunft dem Staat was bringen. Also, zum Beispiel, wenn der Staat in Bildung investiert oder eben in den Umbau der Wirtschaft zu einer klimafreundlichen Wirtschaft. Und zwischen schlechten Investitionen, wo der Staat nur Geld verbrennt. Also, sie würden die lieber reformieren, aber nicht abschaffen.

#### **Claudia Kemfert**

Ja, die Schuldenbremse ist eben in einer Zeit entstanden, wo man wirklich da ja auch staatliche Ausgaben stark limitieren musste, weil wir die europäische Finanzkrise hatten. Danach ist es entstanden, aber ihr fehlt die Flexibilität. Also, diese Schuldenbremse ist tatsächlich so eine Zukunftsbremse, weil wir brauchen ja

dringend Investitionen in Infrastruktur, in Digitalisierung, in Bildung, in Schule. Überall hapert es und wir sparen uns da wirklich kaputt. Und das ist überhaupt nicht sinnvoll. Das heißt, hier sollte man wirklich auch ran und das entsprechend reformieren, weil das nicht mehr zeitgemäß ist. Also, wir brauchen da tatsächlich mehr Flexibilität, denn wir brauchen sinnvolle öffentliche Investitionen. Diese Schuldenbremse behindert Generationengerechtigkeit. Und noch mal: Artikel 20a des Grundgesetzes hat eindeutig festgelegt, wir brauchen Generationengerechtigkeit. Wir häufen im Moment Klimaschulden an für die zukünftigen Generationen. Und wir sparen uns kaputt. Und das macht überhaupt gar keinen Sinn. Das heißt, ja Schuldenbremse zur Aufrechterhaltung der Stabilität auch deutscher und europäischer Finanzen ist richtig, notwendig. Aber mehr Flexibilität, damit wir nicht diese Zukunftsbremse haben, sondern diese auch nutzen können, eben um uns zu modernisieren.

#### **Marcus Schödel**

Dann verlassen wir mal den Schlamassel der Bundesregierung und kommen zum nächsten wichtigen Thema, nämlich der Weltklimakonferenz in Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Die Meisten werden diese Podcast-Folge hören, wenn die Konferenz schon losgegangen ist. Es ist, wie immer, ein gigantisches Ereignis. Mehr als 70.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind erwartet worden. Unterhändler, Aktivisten, Lobbyisten, Unternehmensvertreter, Journalisten und Fachleute. Auch Teile der Bundesregierung reisen an, unter anderem Bundeskanzler Olaf Scholz und Außenministerin Annalena Baerbock. Papst Franziskus hat abgesagt, ja aus gesundheitlichen Gründen. Aber Prinz Charles wird kommen und die Eröffnungsrede halten, also ein ziemliches Spektakel. Frau Kempf, es ist die 28. Weltklimakonferenz. Was steht auf dem Programm? Was sind so die wichtigsten Punkte, die jeder wissen muss, der sich für die Klimakonferenz interessiert?

23:48

#### **Claudia Kempfert**

Ja. Also, erst mal ist es wirklich ein Spektakel mittlerweile geworden. Das kritisieren wir ja auch schon lange. Also, wir sind ja mal vor zwei Jahren hier angefangen, diesen Podcast zu machen mit der damaligen Klimakonferenz. Und auch damals habe ich schon kritisiert, dass es einfach zu viel Brimborium drumherum ist. 70.000 Teilnehmer, von denen nur ein Bruchteil, wirklich eine aktive Aufgabe da haben. Nämlich zu verhandeln und Ergebnisse zu erzielen. Das muss dringend entschlackt werden, aber das nur als Eingangsbemerkung. Also ja, was ist da wichtig? Also jetzt geht es los mit den sogenannten Bestandsaufnahmen, das sind die sogenannten *National Development Commitments*. Also, diese Klimaschutzbeiträge, die die Länder geben müssen, werden jetzt veröffentlicht. Und wenn man jetzt mal rein guckt, ist das sehr ernüchternd, was wir da auf dem Tisch haben. Eigentlich müssten ja die Emissionen, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, müssten bis 2030 um über 40 Prozent sinken im Vergleich zu 2019. Und man sieht jetzt in diesen Abschlussberichten, das bisher nur 0,3 Prozent erreicht werden. Also, das ist sehr weit weg von dem, was man da eigentlich braucht.

#### **Marcus Schödel**

Das ist ein Unterschied.

#### **Claudia Kempfert**

Die Emissionen, genau. Die Emissionen steigen weiter wie bisher und das heißt wir gehen eher in so eine 2,8-Grad-Welt hinein. Und das ist überhaupt nicht das, wo wir eigentlich hinwollen. Aber was jetzt wichtig ist, die nächsten zwei Wochen, ich denke, vier Themen, ganz kurz, sind da wichtig. Einmal muss es darum gehen, den Ausstieg jetzt wirklich von fossilen Brennstoffen voranzubringen. Also, der UN-Generalsekretär Antonio Guterres hatte sich ja da fotografieren lassen mit so niedlichen Bildern in der Antarktis vor Pinguinen. Und hat dann irgendwie gesagt, das Zeitalter der fossilen Brennstoffe muss zu Ende kommen. Das sind immer so Sachen. Die sind dann ja auch

wichtig und öffentlichkeitswirksam, aber darum geht es letztendlich. Aber man kommt ja nie ein Millimeter nur weiter...

#### **Marcus Schödel**

Das sind so Bilder, die dann jeder gesehen hat, wenn der sich hat fotografieren lassen.

#### **Claudia Kempf**

Es sollen ja immer so Bilder da kommen. Aber wir haben ja vor zwei Jahren schon mal darüber gesprochen. Das war ja damals in Glasgow, COP26. Da wurde ja zumindest vereinbart, dass die weltweite Kohleverstromung in den 30er-Jahren schrittweise abgebaut werden soll. Und aber, es gibt überhaupt gar kein solches Versprechen, wie man das jetzt machen will. Man sieht ja, die Emissionen steigen weiter. Und das ist überhaupt nicht das, wo wir eigentlich hinwollen. Dann wird noch unter diesem Titelthema: Energieindustrie „Just transition“, da so ein fossiler Ausstieg noch mal besprochen. Also, ist zumindest das, was sie auf der Agenda haben. Da gibt es eben, laut diesem *Global Strategic Communications Council*, könnte so eine Einigung da vielleicht so aussehen, dass man so Minderungsziele hat für die Nutzung von Öl und Gas beispielsweise um 15 Prozent bis 2030 oder 65 Prozent bis 2050. Das wäre, so glaube ich, das Maximum, was man da vielleicht erreichen könnte. Dann ist noch wichtig: Es gibt diese *EU High Ambition Coalition*, wo irgendwie so zwei Dutzend Staaten, wo auch Deutschland dabei ist, so ein Abkommen da auch unterstützen. Es das gibt seit der COP26 und 27. Aber China hat schon irgendwie da abgewunken und gesagt: „Na ja, also das Ende der fossilen Brennstoffe ist unrealistisch.“ Also, so geht man da zumindest schon mal rein. Aber kleiner Hoffnungsschimmer: Bei den Methan-Emissionen ist man wohl sich einiger. Also, da hat man wirklich versprochen, dass man die Methan-Emissionen deutlich senken will. Das ist schon mal gut. Zweiter, kurzer Punkt. Da geht es um diese technische CO<sub>2</sub>-Abscheidung, also, dass man neue Bohrungen macht, um Öl und Gas zu erschließen, aber dann irgendwie das CO<sub>2</sub>, was da entsteht, einfangen will. Da gibt es dann aber natürlich

technische Schwierigkeiten. Es gibt einen sehr ernüchternden Bericht jetzt auch der UNEP, wo man nachlesen kann, dass dieser Produktionsbericht... Also, dass ganz viel im Moment investiert wird, um fossile Brennstoffe zu fördern. Also, wo man irgendwie die 4,5-fache Menge an Förderung eigentlich drin hat, die man haben dürfte. Und besonders übel sieht es bei der Kohleförderung aus, wo man sogar fünfmal so viel derzeit fördert, als eigentlich notwendig wäre, um das 1,5-Grad-Ziel überhaupt noch zu erreichen. Jetzt haben wir das schwierige Gastgeberland Vereinigte Arabische Emirate, die selber Investitionen in neue Öl- und Gasförderung in Höhe von 150 Milliarden Dollar angekündigt haben. Also, das ist mal ein Novum, dass man eine Klimakonferenz ankündigt mit Investitionen in Öl und Gas. Der Präsident...

#### **Marcus Schödel**

Da weiß man gleich mal, wo es lang geht.

#### **Claudia Kempf**

Genau. Also der Präsident der COP, der war jetzt auch der Sultan Al Jaber, der war ja auch in der Presse. BBC hatte da berichtet, dass da irgendwie neue Lieferverträge sogar abgeschlossen werden sollen mit seinem Öl-Unternehmen.

#### **Marcus Schödel**

Genau! Diese Geschichte ist wirklich so brisant, da müssen wir gleich noch mal drauf zu sprechen kommen.

#### **Claudia Kempf**

Das nur als Nebenbemerkung. Also, das ist wirklich unglaublich. Aber daran erkennt man eben, das ist Greenwashing. Also, eine Greenwashing-Konferenz. Wenn man da sagt, wir investieren die 150 Milliarden und machen dann irgendwie die Emission weg. Wundersamer Weise fangen wir die dann ein mit dieser *Carbon Capture and Storage*-Technologie. Das ist, aus meiner Sicht, reines Greenwashing. Dritter kurzer Punkt, diese Klimafinanzierung hatten wir schon mal besprochen. Da geht es um diesen Fonds für Schäden und Verluste für Ent-

wicklungsländer. Auch da hat man sich entschlossen, Geld rein zu zahlen. Da gibt es jetzt auch schon eine substanzielle Summe. EU hat das schon bestätigt, Deutschland auch, USA auch. Also, da fließt jetzt endlich mal Geld rein. Das ist mal so ein kleiner Hoffnungsschimmer. Aber das reicht natürlich hinten und vorne nicht. Diese Länder wollen sehr viel mehr. Und vierter Punkt, und das ist der einzige Hoffnungsschimmer, den ich da habe an diese Konferenz: Dass man sich einigt auf einen massiven Ausbau an erneuerbaren Energien und Energieeffizienzverbesserung. Da hat man schon gesagt, man will die installierte Kapazität an erneuerbare Energien bis 2030 verdreifachen und will beim Thema Energiesparen unbedingt vorankommen. Und das ist ein gutes Zeichen. Also, insofern, meine Quintessenz ist aus dieser Konferenz / Greenwashing-Konferenz, ich würde es sogar fast Fake-Klimakonferenz bezeichnen, kein fossiler Ausstieg, dafür hoffentlich ein Einstieg in erneuerbare. Das kann man, glaube ich, so zusammenfassen.

30:31

#### **Marcus Schödel**

Sie haben eben schon von einer Fake-Klimakonferenz gesprochen. Das hat sicherlich eben auch mit dem Gastgeber zu tun, den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ein Staat, der zu den größten Ölproduzenten der Welt gehört. Und dazu passt auch wirklich eine unglaubliche Geschichte, die sie ja eben schon angerissen haben, über die die BBC berichtet. Journalisten sind Dokumente zugespielt worden, aus denen geht hervor, dass der Gastgeber Dubai tatsächlich die Gespräche auf der Konferenz für Öl- und Gasgeschäfte nutzen wollte. Das muss man sich mal vorstellen. Da treffen sich dann zum Beispiel Vertreter aus Dubai mit Vertretern aus China. Und dann heißt es, wir reden jetzt mal nicht nur über das Klima, sondern über das Geschäft. Wir planen in Mosambik, Kanada und Australien Flüssiggasprojekte: „Wollt ihr nicht mitmachen? - Na klar, losgeht's.“ Also, eine Klimakonferenz zu benutzen, um Öl- und Gasgeschäfte vorzubereiten. Auf diese Idee muss man erst einmal kommen. Also, sollte sich wirklich rausstellen, ja, dass das stimmt, dann kann man diese Klimakonferenz doch wirklich nicht ernst nehmen. Sollte

man diese Konferenz dann nicht absagen oder wenigstens boykottieren? Oder es hat so was schon mal bei anderen früheren Konferenzen gegeben?

#### **Claudia Kemfert**

Nein, es ist schon ein Novum, aber das war natürlich abzusehen, wenn man einen Interessenkonflikt-Inhaber wie eben einen Ölunternehmenslenker zum Gastgeber des UN-Klimakonferenz-Gipfels macht, war das ja abzusehen. Und das hätte man verhindern müssen. Und das ist ein Konstruktionsfehler im Vorhinein, dass wir wirklich jetzt mal darüber nachdenken müssen und sollten, dass solche Konferenzen da stattfinden, wo man keine Interessenkonflikte mit Öl und Gas hat, wo man eben diese Gefahr gar nicht läuft und wo man neutrales Feld hat, beispielsweise in Europa, Bonn oder Paris oder wo auch immer. Wo man wirklich davon befreit ist. Und diese ganzen Konferenzen auch entschlackt von dem ganzen Zirkus, der da drumherum stattfindet. Also, ich meine, diese Dokumente stimmen wohl, das wurde ja auch schon bestätigt. Aber es hieß, naja die haben keine Rolle gespielt, das plant der gar nicht oder so. Also, das ist natürlich aber schon ein Novum, dass da jetzt Öl- und Gasgeschäfte stattfinden sollen und dann auch in einer solchen Größenordnung. Daran erkennt man ja, dass diese, dieser Staat eben, Vereinigte Arabische Emirate, alles andere als gewillt ist, aus fossilen Energien auszusteigen. Sondern einzusteigen, aber vielleicht auch noch investiert in erneuerbare und sich dann so ein grünes Mäntelchen da umhängt. Das ist für mich reines Greenwashing. Das hätte man verhindern müssen. Also, jetzt ist ja das Kind in den Brunnen gefallen. Jetzt fahren alle hin. Aber in der Zukunft braucht man da ein Verfahren aus meiner Sicht, um das zu verhindern. Und dass man eben da nicht solche Interessenkonflikte so offiziell hat. Es gibt immer Möglichkeiten, das zu unterwandern. Aber dieses UN-Klimasekretariat ist ja so... Die haben sich dazu ja auch geäußert, dass sie sagen eben, dass von einem Präsidenten erwartet wird, dass es keine Voreingenommenheit gibt, dass

es keine Vorurteile gibt, dass es keine Günstlingswirtschaft gibt, dass es keine Launenhaftigkeit gibt, kein Eigeninteresse, keine Bevorzugung oder auch Ehrerbietung, die danach gehandelt wird. Nach dieser Grundlage eines soliden und unabhängigen Urteils soll eben da gehandelt werden. Das ist die Maxime, unter denen auch dieser Präsident steht. Und wenn er das nicht einhält, wird das Ganze sehr schnell zu einem Fake und das muss man verhindern. Aber meine Erwartungen sind auch wirklich denkbar gering. Das hatte ich im Vorfeld schon mehrfach geäußert, dass man hier einfach auch das falsche Land, den falschen Präsidenten hat und dann als Gastgeber, dann solche Dinge da rauskommen, ist hochproblematisch.

34:32

#### **Marcus Schödel**

Also, der Chef von einem staatlichen Ölkonzern, also, dem Konzern ADNOC, der sollte einfach keine Klimakonferenz leiten. Ich denke, dass hätte man auch vorher wissen können. An dieser Stelle möchte ich auf eine ganz, ganz wichtige Dokumentation hinweisen, weil es gerade so gut passt: „*Drama: Klimaschutz. Warum Wissenschaft und Protest scheitern?*“ So heißt die Dokumentation und die ist ab sofort in der ARD Mediathek abrufbar. Und auch sie sind zu sehen, Frau Kempf. Sie erklären unter anderem, wie Fossile-Lobbyisten über Jahrzehnte den Klimaschutz systematisch verhindert haben. Und wie wir das gerade bei der Weltklimakonferenz sehen, scheint das ja auch kein Ende zu nehmen. In der Doku kommen auch Mitglieder von *Fridays for Future* zu Wort, von der Letzten Generation, und ihr Kollege, der Klimaforscher Mojib Latif. „*Drama: Klimaschutz*“ also ab sofort in der ARD Mediathek. Oder. Ja, wer lieber ganz oldschool lineares Fernsehen schauen möchte: Am 4. Dezember 22:50 Uhr wird die Doku im Ersten ausgestrahlt und am 10. Dezember 23:05 Uhr im MDR. Also, ich bin schon ganz gespannt.

#### **Claudia Kempf**

Super! Unbedingt schauen.

#### **Marcus Schödel**

Ja, ich werde mir die Doku heute Abend auf jeden Fall anschauen und mal so einen ganz gemütlichen Fernsehabend einlegen, das muss ja auch mal sein.

#### **Claudia Kempf**

Gute Idee! Mache ich auch.

#### **Marcus Schödel**

Frau Kempf, dann lassen Sie uns im letzten Drittel der Folge noch etwas Optimismus versprühen und über eine Studie sprechen. Die Studie ist kurz vor der Weltklimakonferenz herausgekommen, also noch ganz frisch. Und ja, gibt allen vielleicht ein bisschen Hoffnung, die wegen der Klimakrise Panik haben und verzweifelt sind. Die Studie spricht jetzt nicht von einer rosigen Zukunft, gibt aber möglicherweise Hoffnung. Die Studie kommt von der Denkfabrik *Climate Analytics* und heißt: „Wann erreichen die globalen Treibhausgasemissionen ihren Höhepunkt?“ Diese Frage ist ja ganz entscheidend. Das haben Sie vorhin auch schon ausgeführt. Nur wenn die Emissionen schnell runtergehen, lässt sich die Klimakatastrophe begrenzen. Und Frau Kempf, laut der Studie dürfte es nicht mehr lange dauern und die Emissionen gehen nach unten. Wann genau wird das passieren?

#### **Claudia Kempf**

Ja. Also, erst mal genau. Es ist eine Studie von *Climate Analytics*. Das ist so ein globales Institut für Klimawissenschaftler, auch für Klimapolitik. Und die haben eben auch die Aufgabe, so wissenschaftliche Studien, Analysen, auch Unterstützung zu liefern, um nochmal darzustellen, wie können wir es schaffen, dass die globale Erwärmung unter 1,5 Grad bleibt. Und das ist eben ein Resultat jetzt aus dieser Studie, um eben auch aufzuzeigen: „Ja, es kann durchaus noch gehen, dass wir unter 1,5 Grad bleiben können. Und das wäre möglich, wenn wir eben jetzt möglichst schnell nicht mehr in fossile Energien investieren, sondern nur noch in erneuerbare.“ Und diese Trends sind da tatsächlich recht positiv, die wir auch weltweit sehen. Also, es gibt eben diese zwei entgegengesetzten Trends, die ich eben ja auch schon genannt

oder die wir eben schon besprochen haben. Einerseits werden da Öl- und Gasgeschäfte gemacht, weil die Preise hoch sind und weil man irgendwie nur den kurzfristigen Gewinn im Blick hat. Ohne das wirklich realistisch einzuschätzen, dass diese Investitionen dann irgendwann in Sand gesetzt sind, weil sich der Markt da in eine andere Richtung entwickelt. Und das ist eben dieser andere Trend, wo sehr viel investiert wird in Wind, Solarenergie und andere emissionsfreie Technologien. Und diese Szenarien zeigen, zeigt diese Studie, dass es da eben verschiedene Szenarien gibt.

### **Marcus Schödel**

Drei mögliche Szenarien waren das, ne?

### **Claudia Kemfert**

Genau, drei unterschiedliche Szenarien, die da gezeigt werden, wo man einmal so einen historischen Trend anguckt, was passiert, wenn alles so weitergeht wie bisher und was passiert, wenn es wenig Anstrengungen gibt und was passiert, wenn jetzt wirklich dieser Trend weitergeht, den wir auch weltweit sehen, das wahnsinnig viel investiert wird in Wind-, Solarenergie, Batterie- Technologie oder Elektromobilität und so weiter. Und dann haben wir tatsächlich diese Möglichkeit, dass die Emission ihren Höhepunkt erreichen können und dann auch tatsächlich sinken können. Und die Emissionen dann noch weiter ansteigen bis 2023 und dann ab 2024 sogar zurückgehen können. Und diese Studie sagt, dafür gibt es eine 70-prozentige Chance, dass das passieren kann. Was im Moment an den Wachstumstrends dieser sogenannten emissionsfreien Technologien liegt, die dann tatsächlich dazu führen können, dass die Emissionen auch sinken können. Und das ist auch eine Marktentwicklung. Und diese Szenarien werden eben verglichen. Und einerseits eben, was passiert, wenn wir gar nichts tun, aber was passiert eben auch. Und da gibt es eine andere Projektion auch der Internationalen Energieagentur, die auch zeigen, das im Moment sehr, sehr viel investiert wird in Solar- und Windenergie. Und das auch überall in der Welt, insbesondere in China, USA, EU, Indien und Brasilien. Und das sind die wesentlichen Trends, die hier auch verglichen werden in dieser Studie, wo eben diese Entwicklung auftreten kann, wenn es gelänge, dass eben diese

Wachstumspotenziale für emissionsfreie Technologien tatsächlich vorwärtskommen. Und 70 Prozent ist jetzt ganz schön hoch. Also, ich denke, gerade vor dem Hintergrund, was wir eben besprochen haben. Das wäre jetzt meine Einschätzung. Es ist ein positiver Ausblick eben auch für die Verhandler, dass man noch mal denen an die Hand gibt: „Ihr habt es in der Hand, selber zu entscheiden, da auch die Rahmenbedingungen für zu setzen.“ Auf der anderen Seite aber auch noch einmal deutlich macht, wir haben zwei unterschiedliche Entwicklungen, die sind komplett konträr. Also, einmal jetzt die geopolitischen Krisen, die Investitionen in Öl und Gas, die weltweiten Konflikte, die wir haben, fossile Kriege kann man ja schon fast sagen. Und die Treibhausgasemissionen, die steigen statt sinken. Und andererseits wirklich große Mengen an Investitionen in Solarenergie. Im Moment wird mehr Geld weltweit in Solarenergie als in Ölförderung investiert. Das ist zum ersten Mal wirklich ein Trendwandel, den man da sieht. Aber auch die Finanzmärkte, die zwar sehr träge reagieren, aber auch auf die Gefahr von diesen sogenannten Standardassets allergisch reagieren. Das heißt Investoren wollen nicht Geld in den Sand setzen, sondern sie wollen Zukunftsinvestitionen tätigen. Aber es gibt eben Staaten, so wie jetzt Vereinigte Arabische Emirate oder auch Russland, die haben eigene Vorkommen und da wird einfach staatlich investiert. Und dann steigen die Emissionen in den Ländern, wo mehr Markt vorherrscht und Investoren da auch stärker beteiligt sind, sieht man schon auch ein bisschen Trendwandel. Insofern sagt eben diese Studie, dass es möglich ist, dass wir einen Peak Coal und Oil in den kommenden Jahren sehen könnten. Also, das heißt, Maximum an Exploration oder an Förderung in die Exploration von Öl und Kohle in den kommenden Jahren, aber danach auch bei Erdgas. Und das sehe ich jetzt persönlich überhaupt nicht, dass das passiert. Aber die Studie sagt eben, durchaus möglich. Und das ist auch nicht unwahrscheinlich. Aber ich sehe es eher als schwierig an, das tatsächlich zu erreichen.

### **Marcus Schödel**

Da hoffen wir mal, dass es auch wenn es vielleicht schwer wird, doch eintreffen wird und es

ein gutes Ende nimmt. Und vielleicht die Studie da eher recht behält. Hoffen wir mal.

**Claudia Kemfert**

Ja, dass hoffen wir.

**Marcus Schödel**

Damit wir nämlich diesen Podcast bei diesem sonst so düsteren Thema auch mal ein bisschen positiv abschließen können.

**Claudia Kemfert**

Ja, sehr gut!

**Marcus Schödel**

Wer Lob oder Kritik loswerden möchte oder wer eine Frage an Frau Kemfert hat, der schreibt uns am besten eine E-Mail. Die Adresse lautet [klimapodcast@mdraktuell.de](mailto:klimapodcast@mdraktuell.de). Jede E-Mail wird von uns auch gelesen. Und ja, noch ein Hinweis am Ende. Der MDR bietet, wenn es um Klimathemen geht, nicht nur diesen Klima-Podcast an, sondern es gibt auch Klima-Infos zum Lesen. Der MDR schickt jeden Freitag ein Newsletter raus: Das MDR Klima Update. Wer Interesse hat, registrieren können Sie sich auf der Seite von MDR Wissen. Ich bedanke mich bei allen Hörerinnen und Hörern und natürlich bei Ihnen, Frau Kemfert. Die nächste Folge von Kemferts Klima-Podcast gibt es dann wieder in zwei Wochen.

**Claudia Kemfert**

Ja, ich bedanke mich auch. Tschüss!

**Marcus Schödel**

Und das ist dann die letzte Folge, hab ich gesehen, in zwei Wochen für dieses Jahr. Für dieses Jahr muss man dazu sagen.

**Claudia Kemfert**

Stimmt! Ja, genau richtig. Das ist die letzte Folge für dieses Jahr.

Diese Transkription ist ein Service der MDR Redaktion Barrierefreiheit. Mehr barrierefreie Angebote finden Sie hier: <https://www.mdr.de/barrierefreiheit/index.html>